



Ausschuß für Migrationsangelegenheiten

12. Sitzung (nicht öffentlich)

28. November 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.45 Uhr

Vorsitz: Christiane Bainski (GRÜNE)

Stenograph: Walther Hezel

Verhandlungspunkte, Beschlüsse und Ergebnisse:

Seite

1 Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen (LAGA-NRW)

1

Der neugewählte Vorsitzende der am 26.10.1996 gegründeten Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen (LAGA-NRW) stellt sich den Ausschußmitgliedern vor und erläutert die Zielsetzungen der von ihm geleiteten Organisation.

Der Ausschuß für Migrationsangelegenheiten begrüßt, daß dem Landtag künftig in der LAGA-NRW ein Ansprechpartner für Angelegenheiten der Migrantinnen und Migranten zur Verfügung steht. Die Fraktionssprecher werden über mögliche Kooperationsformen beraten und dem Migrationsausschuß - gegebenenfalls noch vor der Sitzung des LAGA-Hauptausschusses am 1. März 1997 - einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/1200, 12/1390, 12/1550 und 12/1570
(Haushaltsentwurf sowie 1. bis 3. Ergänzung)

Vorlagen 12/786 und 12/785

(Erläuterungsbände zu Personal- und Sachhaushalt)

Vorlage 12/907 (Ergebnis des Berichterstattegesprächs)

Einzelplan 07 - Zuständigkeitsbereich des Migrationsausschusses
(Kapitel 07 060 und 07 510)

4

Der Migrationsausschuß stimmt über die drei Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlagen 1 a), 1 b) und 1 c) zu diesem Protokoll) sowie über den Einzelplan 07 mit der 1., 2. und 3. Ergänzung jeweils getrennt ab.

Die Änderungsanträge sowie Einzelplan 07 mit Ergänzungen für die Kapitel 07 060 und 07 510 werden jeweils mit den Stimmen der Vertreter der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Nichtbeteiligung der Vertreter der CDU-Fraktion **angenommen**.

In der **Gesamtabstimmung** unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen wird Einzelplan 07 für den Zuständigkeitsbereich des Migrationsausschusses mit den Stimmen der Vertreter von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der Vertreter der CDU **angenommen**.

3 Vorschulische Spracherziehung von ausländischen Kindern und Aus-siedlerkindern fördern

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1361

5

Der Migrationsausschuß will den Antrag unter Einbeziehung des Konzeptentwurfs des MAGS und dessen Stellungnahme dazu - Vorlage 12/1057 -, gegebenenfalls zusammen mit einer

Stellungnahme des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, im öffentlichen Teil seiner Sitzung am 23. Januar 1997 beraten und darüber beschließen.

4 Problematik der Berufsfindung und -ausbildung junger Migrantinnen und Migranten

Fortsetzung der Aussprache über die öffentliche Anhörung vom 3. Juni 1996 (Aspekt "Berufsausbildung")

Berichte des Wirtschaftsministeriums und des Landesarbeitsamtes

(siehe dazu Statistik Anlage 2 zu diesem Protokoll)

6

Der Migrationsausschuß nimmt den ausführlichen Bericht von Referatsleiter Dornseifer (Landesarbeitsamt NRW) und die Darlegungen von Referentin Bobon (MWM-TV) zur Berufsausbildung ausländischer Jugendlicher entgegen und diskutiert eingehend darüber. Hierbei beantwortet Dornseifer zahlreiche Fragen von Ausschußmitgliedern.

5 Verschiedenes

14

Die bei diesem Punkt behandelten Fragen - Sitzungs- und Reiseternine des Ausschusses - sind im Diskussionsteil wiedergegeben.

Mitbürgern. Sie erhoffe sich für die Zukunft eine gute Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/1200, 12/1390, 12/1550 und 12/1570

(Haushaltsentwurf sowie 1. bis 3. Ergänzung)

Vorlagen 12/786 und 12/785 (Erläuterungsbände zu Personal- und Sachhaushalt)

Vorlage 12/907 (Ergebnis des Berichterstattergesprächs)

Einzelplan 07 - Zuständigkeitsbereich des Migrationsausschusses

(Kapitel 07 060 und 07 510)

Vorsitzende Christiane Bainski stellt zunächst die drei Ergänzungsvorlagen zum Haushalt 1997 - Drucksachen 12/1390, 12/1550 und 12/1570 - nach kurzer inhaltlicher Erläuterung zur Aussprache. - Danach ruft sie die drei Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zu Kapitel 07 060 - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer sowie ausländische Flüchtlinge - Titelgruppen 63 und 64 auf, die diesem Protokoll als **Anlagen 1 a), 1 b) und 1 c)** beigelegt sind. - Die CDU-Fraktion habe keine Anträge zum Haushalt 1997 gestellt.

In der Aussprache erklärt **Oliver Wittke (CDU)** namens seiner Fraktion, der von der Landesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf lasse nicht einmal im Ansatz den Willen zum Umsteuern und zur Konsolidierung erkennen. Er sei in Teilen bereits heute überholt, da die Landesregierung im Februar des nächsten Jahres einen Nachtragshaushalt vorlegen werde. Deshalb werde die CDU-Landtagsfraktion in der zweiten Lesung beantragen, einen neuen, überarbeiteten, an schon heute bekannten Fakten orientierten Haushalt vorzulegen, der dem Grundsatz von Haushaltswahrheit und -klarheit entspreche. Deshalb sähen sich die CDU-Vertreter auch dieses Ausschusses nicht in der Lage, sich an der Beratung zu beteiligen. - Allerdings möchte sich Oliver Wittke Anmerkungen zu den heute vorgelegten Änderungsanträgen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht versagen:

In den Anträgen werde gefordert, Kürzungen rückgängig zu machen, die die Landesregierung gegenüber dem Haushalt 1996 vorgenommen habe. Dieses Vorgehen sei auch aus anderen Parlamenten bekannt. Mit den Anträgen 1 und 2 kürzten die Koalitionsfraktionen in einem Bereich, wo konkrete Hilfestellungen für wichtige integrative Maßnahmen erforderlich seien. Demgegenüber sollten "zur Befriedigung grüner Klientel" entsprechende Erhöhungen vorgenommen werden. Damit sei die CDU nicht einverstanden. - Der Abgeordnete räumt ein, daß er mit diesen Bemerkungen der Linie seiner Fraktion nicht ganz gefolgt sei. An der

weiteren Debatte beteiligten sich die CDU-Vertreter nicht; die CDU-Fraktion werde diesem Teil des Landeshaushalts ihre Zustimmung versagen.

An diesen Äußerungen des CDU-Sprechers hält **Vera Dedanwala (SPD)** nur für erstaunlich, daß er zu den Anträgen Stellung genommen habe, obwohl er dies gar nicht habe tun sollen. Verzicht auf Beratung auf der einen und Kritik auf der anderen Seite seien nicht miteinander vereinbar.

Den Beitrag Oliver Wittkes vermag **Dr. Hisham Hammad (GRÜNE)** nicht als konstruktiv zu bezeichnen; er sei vielmehr enttäuschend und perspektivlos. Die vorgeschlagenen Anhebungen trügen wesentlich zur notwendigen Gleichstellung der Migranten/innen im Lande, zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung sowie zur Förderung der RAA bei.

Hierauf läßt **Vorsitzende Christiane Bainski** über

Antrag 1 (Anlage 1 a) - Kapitel 07 060 Titelgruppe 63 Titel 684 63,

Antrag 2 (Anlage 1 b) - Kapitel 07 060 Titelgruppe 64 Titel 684 64 Untertitel 8 und

Antrag 3 (Anlage 1 c) - Kapitel 06 060 Titelgruppe 64 Titel 684 64 Untertitel 5

einzeln abstimmen. Die Anträge werden jeweils mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Nichtbeteiligung der Vertreter der CDU einstimmig angenommen.

Die Ansätze in den Kapiteln 07 060 und 07 510 werden mit den eben beschlossenen Änderungen in der Fassung der Regierungsvorlage und der betreffenden Ergänzungen mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der Vertreter der CDU angenommen. - Damit hat der Migrationsausschuß den Haushalt 1997 der Landesregierung innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs gebilligt.

3 Vorschulische Spracherziehung von ausländischen Kindern und Aussiedlerkindern fördern

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1361

Vorsitzende Christiane Bainski teilt mit, mit **Vorlage 12/1057** liege der Entwurf eines Gesamtkonzepts "Interkulturelle Erziehung im Elementarbereich", verbunden mit einer Stellungnahme des MAGS, vor. Gegebenenfalls solle auch ein Votum des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie abgewartet werden.

Änderungsanträge der Fraktionen
 von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
 im Ausschuß für Migrationsangelegenheiten

zum Einzelplan 07

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD und Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 07 060 Landesmaßnahmen für Vertriebene, Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer sowie ausländische Flüchtlinge (Kontingentflüchtlinge) TG 63 Förderung von Maßnahmen und Initiativen zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit, S. 228 Titel 684 63 Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Träger, S. 228</p> <p>1. von 1 000 000 Erhöhung um 200 000 auf 1 200 000</p> <p>2. Die Bezeichnung der Titelgruppe soll zukünftig lauten: "Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Diskriminierung und zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus"</p>	

TISCHVORLAGE
 FAS, 28.11.96

von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
im Ausschuß für Migrationsangelegenheiten
zum Einzelplan 07

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	SPD und Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 07 060 Landesmaßnahmen für Vertriebene, Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer sowie ausländische Flüchtlinge (Kontingentflüchtlinge) TG 64 Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer/innen und Migrant-en/innen, S. 230 Titel 684 64 Zuschüsse für laufende Zwecke UT 8 Berufsorientierte Deutschkurse für ausländische Flüchtlinge, S. 231</p> <p>von 1 395 000 Kürzung um 200 000 auf 1 195 000</p> <p>zu Titel 684 64 ges. 15 895 000</p> <p>Begründung Deckung für Antrag lfd. No. 1</p>	

Anderungsanträge der Fraktionen
 von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
 im Ausschuß für Migrationsangelegenheiten

zum Einzelplan 07

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	SPD und Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 07 060 Landesmaßnahmen für Vertriebene, Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer sowie ausländische Flüchtlinge (Kontingentflüchtlinge) TG 64 Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer/innen und Migrant-en/innen, S. 230 Titel 684 64 Zuschüsse für laufende Zwecke UT 5 Maßnahmen zur Stützung der Integration, S. 231</p> <p>von 2 850 000 Erhöhung um 650 000 auf 3 500 000</p> <p>zu Titel 684 64 ges. 16 745 000</p>	

Eckdaten der Berufsberatung (Berichtsjahresvergleich)

(Insgesamt - Ausländer)

1. Ratsuchende

	Sept. 91	Sept. 92	%-Veränd.	Sept. 93	%-Veränd.	Sept. 94	%-Veränd.	Sept. 95	%-Veränd.	Sept. 96	%-Veränd.
Insgesamt	342 120	344 711	0,8	355 778	3,2	366 772	3,1	370 762	1,1	387 470	4,5
darunter Ausländer	51 612	55 413	7,4	59 878	8,1	63 713	6,4	63 866	0,2	65 788	3,0
%-Anteil	15,1	16,1		16,8		17,4		17,2		17,0	

2. Bewerber/innen

	Sept. 91	Sept. 92	%-Veränd.	Sept. 93	%-Veränd.	Sept. 94	%-Veränd.	Sept. 95	%-Veränd.	Sept. 96	%-Veränd.
Insgesamt	119 162	114 212	-4,2	115 927	1,5	121 032	4,4	126 591	4,6	128 226	1,3
darunter Ausländer	20 107	20 914	4,0	21 717	3,8	23 071	6,2	24 223	5,0	24 038	-0,8
%-Anteil	16,9	18,3		18,7		19,1		19,1		18,7	

3. noch nicht vermittelte Bewerber/innen

	Sept. 91	Sept. 92	%-Veränd.	Sept. 93	%-Veränd.	Sept. 94	%-Veränd.	Sept. 95	%-Veränd.	Sept. 96	%-Veränd.
Insgesamt	4 482	4 630	3,3	5 964	28,8	6 760	13,3	6 980	3,3	7 918	13,4
darunter Ausländer	1 174	1 212	3,2	1 669	37,7	1 949	16,8	2 014	3,3	2 228	10,6
%-Anteil	26,2	26,2		28,0		28,8		28,9		28,1	

Ausländische Ratsuchende, Bewerber/innen sowie noch nicht vermittelte Bewerber/innen im Vergleich zum Vorjahr in NRW (BJ 1992/93, 1993/94, 1994/95, 1995/96)

1. Ratsuchende

	1992/93	1993/94	%-Veränd.	1994/95	%-Veränd.	1995/96	%-Veränd.
NRW	59 878	63 713	6,4	63 866	0,2	65 788	3,0
Ruhrgebiet	21 833	22 791	4,4	22 736	-0,2	23 419	3,0

2. Bewerber/innen

	1992/93	1993/94	%-Veränd.	1994/95	%-Veränd.	1995/96	%-Veränd.
NRW	21 717	23 071	6,2	24 223	5,0	24 038	-0,8
Ruhrgebiet	7 844	8 219	4,8	8 643	5,2	8 483	-1,9

3. noch nicht vermittelte Bewerber/innen

	1992/93	1993/94	%-Veränd.	1994/95	%-Veränd.	1995/96	%-Veränd.
NRW	1 669	1 949	16,8	2 014	3,3	2 228	10,6
Ruhrgebiet	623	796	27,8	948	19,1	980	3,4

Berichtsjahr 1995/96Ausländer nach Schulabschlüssen
=====

- Bewerber/innen
- noch nicht vermittelte Bewerber/innen

	kein Schulab- schluß	Haupt- schulab- schluß	mittlere Reife	ohne Fach- hochschul- reife	Fachhoch- schulreife	Hochschul- reife	ohne Fach- hochschul- reife	Fachhoch- schulab- schluß	Hochschul- abschluss	Insgesamt
Bewerber/innen	1 264	6 505	8 795	2 185	485	1 574	412	17	38	24 038
noch nicht ver- mittelte Bewer- ber/innen	99	695	765	225	63	101	26	-	2	2 228

Stand: September 1996

Berichtsjahr 1995/96

Bewerber (Ausländer) nach Erledigung des Berichtsfalles

betriebliche Ausbildungsstelle	8 944
dar. durch Vermittlung	5 718
allgemeinbildende Schule	1 207
Berufsfachschule	2 013
Berufsvorbereitungsjahr	12
sonstige berufsbildende Schulen	542
Fachhoch-/Hochschule	385
berufsvorbereitende Bildungs- maßnahme	701
Arbeitsstelle/Abgabe an AV	2 128
unbekannt verblieben	3 725
Wegzug/Rückkehr in die Heimat	162
am 30.09. nicht vermittelter Bewerber	2 228
insgesamt	24 038

Teilnehmer an BvB

1990	7.296
1995	15.059

darunter: Anteil der ausl. Jugendl.

1990	2.114
1995	3.463

geförderte Plätze

1990	abH	10.835
	BüE	4.951
1995	abH	17.722
	BüE	5.714

Zugänge von Teilnehmern an abH + BüE

		insges.	Ausländer
1990	abH	14.191	2.427
	BüE	5.199	1.796
1995	abH	11.456	2.902
	BüE	2.393	800
Okt. '96	abH	10.227	
	BüE	2.181	

Plätze im Benachteiligtenprogramm nach §40 c AFG in NRW

1990	abH	10.835
	BüE	4.951
1995	abH	17.722
	BüE	5.714

Vergleich BüE/abH 1995

	BüE	abH
ausl. Jgdle.	33,4%	25,3%